

ERSTE FRAGE; Unter welchen Bedingungen können Sie sich die Öffnung der Schulen und Kitas vorstellen und wie stellen Sie sich eine zukunftsfähige Schule vor, die solchen Pandemien und weiteren Herausforderungen gewachsen wäre?

Die jetzige Politik der Landesregierung kann wohl nur mit Pleiten, Pech und Pannen betitelt werden. Nicht umsonst spielte unsere Kulturministerin eine unrühmliche Hauptrolle in der „Heute Show“.

Es ist absolut nicht entschuldigbar, dass die Landesregierung die Zeit zwischen der 1. und 2. Welle nicht genutzt hat, um ein tragfähiges Konzept zu entwickeln.

Ganz klar ist, dass wir eine Bildungsoffensive brauchen, um Konzepte für digitales Lernen zu entwickeln. Wir müssen alle Schüler erreichen, denn gerade jetzt tritt die Chancenungleichheit durch die soziale Schere besonders zu Tage. Es reicht nicht aus, Schüler mit Lerneinheiten zu berieseln und dann .PDFs ausdrucken zu lassen. Sie müssen aktiv am Unterricht beteiligt werden analog und digital.

Dass manche Schüler zu Hause nur schwer am Unterricht teilnehmen können, da sie über kein stabiles WLAN verfügen, sollte endlich der Vergangenheit angehören.

Es müssen deutlich mehr Lehrkräfte als Reserve eingeplant werden. Pädagogische Assistenzkräfte wie zum Beispiel Lehramtsstudierende, müssen entsprechend dem Anteil an Lehrkräften eingesetzt werden, die Risikogruppen angehören

Schüler brauchen die Schule auch als sozialen Begegnungsraum, das ist natürlich in Zeiten der Pandemie nur eingeschränkt möglich. Um diese Begegnungen zu ermöglichen braucht es ein gutes Hygienekonzept mit kostenlosen FFP 2 Masken, flächendeckender Ausstattung mit Luftfiltern und Wechselunterricht mit kleinen Gruppen. Wichtig ist die Einbeziehung des Schulwegs, da viele Schüler auf den (überfüllten)ÖPNV angewiesen sind. Besonderes Augenmerk muss auf die SchülerInnen gerichtet werden, die zu Hause keine Möglichkeit zu lernen haben, da der Platz in der Wohnung zu gering ist. Diese Schüler müssen die Möglichkeit eines Lernraums angeboten bekommen, sie müssen die ersten sein, die in der Schule wieder betreut werden. Das gilt besonders auch für SchülerInnen mit erhöhtem Förderbedarf.

Viele SchülerInnen leiden gerade während der Pandemie unter psychischen Problemen bzw. haben Beratungsbedarf, deshalb muss der Zugang zur Schulsozialarbeit immer gewährleistet sein.

Zweite Frage: Was denken Sie wie der Personalmangel und die mit ihm verbundenen Probleme behoben werden können, und wie die Attraktivität des Lehrer*innenberufes wieder gesteigert werden kann?

Seit Jahren ist es eine Schande, dass LehrerInnen zum Ende des Schuljahres zum Arbeitsamt gehen müssen, um sich arbeitslos zu melden. Das muss sofort ein Ende haben.

Seit Jahren werden zu wenig Lehrer ausgebildet, das muss sich dringend ändern.

Der Lehrerberuf wird attraktiver, wenn Schule als Lebensraum attraktiver wird und dort gute Lehr- und Lernbedingungen vorzufinden sind. Dazu gehört nicht nur ein guter baulicher Zustand der Schulgebäude, angemessene Freizeitflächen, eine gute Ausstattung der Schulen mit Unterrichtsmaterialien, IT und kleinere Lerngruppen, sondern auch eine zeitgemäße Pädagogik und multiprofessionelle Teams, die sich gegenseitig in ihren Professionen ergänzen. Wir wollen die Lehrkräfte gleich stellen - es gibt keinen plausiblen Grund, warum Lehrer*innen unterschiedlicher Schulformen unterschiedlich bezahlt werden. Zudem will DIE LINKE grundsätzlich eine Entlastung aller Lehrkräfte durch die Verringerung der Unterrichtsverpflichtung und besondere Entlastungsstunden für Teilzeitkräfte. Der Lehrkräftemangel muss ein Ende haben. Anstelle von gegenseitiger Abwerbung zwischen den Bundesländern muss Baden-Württemberg den derzeitigen und zukünftigen Lehrerinnen und Lehrern gute Arbeitsbedingungen, eine gleiche Besoldung und unbefristete Beschäftigung ermöglichen. In jeder Schulart sollen zusätzlich feste Schulsozialarbeiter*innen, Integrations- sowie Inklusionsfachkräfte bedarfsgerecht den Schulalltag unterstützen

Dritte Frage. Immer weniger junge Menschen entscheiden sich für den Beruf der Fachlehrkraft. Was würden Sie jungen Leuten anbieten, damit sie diesen wichtigen Beruf zu ergreifen?

Das Fachlehrer ein so viel geringeres Gehalt als ihre KollegInnen haben ist eine nicht hinzunehmende Geringschätzung ihrer Leistung. Eine gleiche Besoldung und unbefristete Arbeitsverhältnisse müssen selbstverständlich sein. Sollte die LINKE im nächsten Landtag vertreten sein, wird sie dafür die nötigen gesetzlichen Grundlagen auf den Weg bringen.

Vierte Frage: Wie wollen Sie sich für Verbesserung der Arbeitsqualität von Erzieher*innen einsetzen und die Attraktivität des Erzieher*innenberufs wieder steigern?

Kinderbetreuung und Frühförderung ist ein soziales Recht für Eltern und Kinder. Gute Kinderkrippen und Kindergärten sind Orte des sozialen Lernens, können zum Abbau sozialer Ungleichheit beitragen und sichern Kindern die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Gute Kita kann aber nur funktionieren, wenn auch die Rahmenbedingungen stimmen, die ErzieherInnen in einem Arbeitsumfeld arbeiten, dass ihre Arbeit und die Rechte der Kinder wertschätzt. Das bedeutet, dass das Berufsbild der Erzieherin aufgewertet wird und das MitarbeiterInnen in diesem Beruf besser bezahlt werden, bereits in der Ausbildung.

Wir fordern einen einheitlichen Betreuungsschlüssel: Überall in Deutschland muss ein einheitlicher Betreuungsschlüssel in den Kitas gelten: mindestens ein*e Erzieher*in für höchstens drei Kinder im Alter bis zu drei Jahren und mindestens ein*e Erzieher*in für höchstens acht Kindern ab drei Jahren.

Die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten müssen verbessert und damit das Berufsfeld aufgewertet werden. Der Ausbau der Betreuungs- und Frühförderungsinfrastruktur darf nicht zu Lasten der Beschäftigten oder der Eltern gehen.

Die Bundestagsfraktion der Linken fordert ein bundeseinheitliches Ausbildungsgesetz für den Beruf „staatlich anerkannter Erzieher/Erzieherin“. Sie hat die Bundesregierung in einem Antrag aufgefordert, einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen.

Der Erzieher*innenberuf soll zu einem Mangel- und Engpassberuf erklärt werden, um mit gesonderten Maßnahmen den Zugang zu den Fachschulen und zu einer durch die Bundesagentur für Arbeit zu erleichtern. Sehr wichtig ist hier auch, dass ein ein Konzept zur Umschulung und für einen Quereinstieg in den Erzieher*innenberuf entwickelt wird. Bis 2025 werden mindestens 600.000 zusätzliche Fachkräfte allein in den Kindertagesstätten benötigt werden. Natürlich müssen die Ausbildungen kostenlos sein.

Im Rahmen eines Kitaqualitätsgesetzes sollen auch Regelungen für die Kindertagespflege aufgenommen werden. Beschäftigte in der Kindertagespflege sollen aus prekären Beschäftigungslagen herausgeholt und sozialversicherungspflichtig beschäftigt werden

Fünfte Frage: Wie wollen Sie sich dafür einsetzen, dass Kinder mit Förderbedarf wieder sinnvoll ihr Recht auf Inklusion wahrnehmen können?

Das derzeitige gegliederte Schulsystem verhindert eine konsequente Inklusion. Kinder im Alter von zehn oder zwölf Jahren auf unterschiedliche Schulformen aufzuteilen widerspricht dem Konzept der Inklusion. Derzeit werden etwa eine halbe Million FörderschülerInnen in Deutschland separat unterrichtet. Baden-Württemberg 71 Prozent von ihnen erreichen nicht einmal einen Hauptschulabschluss.

Die Inklusionsquote im Land Baden-Württemberg– der Anteil der Schüler mit Förderbedarf an allgemeinbildenden Schulen – ist unterdurchschnittlich. Bundesweit liegt der Wert bei 2,81 Prozent, in Baden-Württemberg nur bei 2,64 Prozent. Spitzenreiter ist Bremen mit 5,8 Prozent (Schuljahr 2016/17). Das ist nicht nur diskriminierend für die Betroffenen, es ist auch eine verpasste Chance für die gesamte Gesellschaft.

Es gilt, Hürden in baulichen, kommunikativen, rechtlichen und administrativen Bereichen sowie die Blockaden in den Köpfen zu überwinden.

Wir fordern eine inklusive Bildung und Kinderbetreuung. Notwendig ist hierfür der Einsatz von professionellen Inklusionsfachkräften. Der Ausbau von Schulsozialarbeit, Sonderpädagogik und Unterstützung durch Inklusions- sowie Integrationsfachkräfte hilft Hürden zu überwinden und Konflikte zu lösen. Lehrkräfte müssen durch multiprofessionelle Teams entlastet werden. Zusätzlich muss der Klassenteiler schrittweise auf 25 und in der Grundschule auf 20 gesenkt werden. Wir brauchen einen inklusiven Ansatz in der Berufsausbildung: Die Landesregierung soll darauf hinarbeiten, dass die Berufsausbildung von Menschen mit Behinderungen im dualen System gestärkt wird. Auszubildende mit Behinderungen und (insbesondere kleine) Betriebe, die Menschen mit Behinderungen ausbilden, sollen mit Mitteln aus einem Solidarfonds gefördert werden. Einschlägige Beratungsangebote müssen flächendeckend geschaffen und ausgebaut werden.

Sechste Frage: Welche Maßnahmen planen Sie als Vertreter*in Ihrer Partei, um diesen negativen Entwicklungen entgegenzuwirken?

Öffentliche Investitionen erfolgen zu drei Vierteln über die Kommunen. Sie sind gerade in der aktuellen Krise die entscheidende Konjunkturlokomotive. Für eine gleichwertige Lebensqualität ist eine ausreichende Finanzierung der Kommunen von entscheidender Bedeutung. Wegen der Corona-Krise stehen sowohl Land als auch Kommunen unter weiter steigendem finanziellen Druck. Die Rückzahlung der Konjunkturpakete und anderer sozialer Ausgaben darf nicht auf dem Rücken der Bevölkerung stattfinden. Daher setzen wir uns als

LINKE bundesweit für eine einmalige Vermögensabgabe für Superreiche ein, um diese historische Last angemessen zu verteilen.

Die Corona-Krise darf nicht zum Abbau des sozialen Netzes oder zur Verschleppung wichtiger Investitionen führen. Den Kommunen muss ermöglicht werden, dass coronabedingte Effekte im Haushalt isoliert ausgewiesen und keine Haushaltssperren verhängt werden.

Besonders angesichts der massiven Folgen der Corona-Krise für die kommunalen Einnahmen und Ausgaben ist es erforderlich, dass die erfolgten Haushaltssperren aufgehoben werden. DIE LINKE fordert einen Schuldenschnitt für überschuldete Kommunen und die Übernahme von finanziellen Verbindlichkeiten. Auch trifft es die Bundesländer und in Folge die Kommunen besonders stark, dass der Bund nicht genügend finanzielle Mittel bereitstellt.

Wir brauchen eine höhere Grundfinanzierung der Kommunen, damit sie durch einen größeren Anteil an den Gemeinschaftssteuern selbstständig Politik gestalten können.

Als Stadträtin bin ich von dieser Entwicklung persönlich direkt betroffen. Gerade jetzt, müssen wir im Gemeinderat alle demokratischen Möglichkeiten nutzen, damit wir nicht gewachsene Strukturen in der Bildung, im sozialen und kulturellen Bereich zerstören. Als positives Signal empfand ich es, dass in meiner Stadt ein Programm für Kitas mit erhöhtem Förderbedarf mit den Stimmen von 3 von 4 Fraktionen beschlossen wurde, das macht Mut!

Siebte Frage: Wie stellen Sie sich einerseits die Stabilisierung und andererseits eine sinnvolle und realistische Weiterentwicklung des baden-württembergischen Schulsystems vor?

Bildung ist ein Menschenrecht. Alle Menschen – ob mit oder ohne körperliche Beeinträchtigung, unabhängig von sozialer Herkunft oder ihrem Geburtsort – haben ein Anrecht auf die bestmögliche Bildung. Das gilt für Kindertagesstätten, Ganztagschulen, Ausbildungsbetriebe, Fachhochschulen und Universitäten, für Musik- und Volkshochschulen sowie für Fort- und Weiterbildungen im Beruf.

Studien zeigen: Wenn Kinder länger gemeinsam lernen, lernen alle besser. Eine inklusive Schule für alle, eine ganztägige Gemeinschaftsschule mit guter Betreuung und interessanten Angeboten, mit gutem Essen und ohne Hausaufgaben fördert alle Kinder und gleicht unterschiedliche Startbedingungen aus.

Wir müssen kleine Schulen zu erhalten: Dabei helfen flexible Konzepte wie Schulverbände, die sich Schulleitung, Verwaltung und Lehrpersonal teilen. „Kurze Beine – kurze Wege“ soll weiterhin Leitlinie der Schulentwicklungsplanung im Grundschulbereich sein.

Die Stärkung der Gemeinschaftsschulen, auch durch flächendeckend aufzubauende, von mehreren benachbarten Gemeinschaftsschulen gemeinsam angebotene Oberstufen. Das mehrgliedrige Schulsystem, das Ungleichheitsdenken und Konkurrenz verschärft, muss stufenweise in eine Schule für alle umgebaut werden, die auf solidarischem gemeinsamem Lernen basiert. Aussagekräftige, schriftlich ausformulierte Beurteilungen sollen langfristig Noten ersetzen. Die Rückkehr zum G9-Abitur, um der zunehmenden Überlastung von Schüler*innen entgegenzuwirken und der zunehmenden Vielfalt gerecht zu werden

Achte Frage: Halten Sie das Verhältnis von Elternwille und Expertenmeinung in unserem Schulsystem für ausgewogen?

Schule muss vom Kind her gedacht werden. Es muss gemeinsam mit den Eltern, die für das Kind beste Fördermöglichkeit erarbeitet werden. Eine frühzeitige Selektion spricht dem entgegen. Deshalb fordert die LINKE gemeinsames Lernen aller Schüler auf Gemeinschaftsschulen.

Im Dialog mit den Eltern soll die Entwicklung des Kindes gemeinsam mit den Lehrer*innen beobachtet werden und sich an den Leistungen und Interessen des Kindes orientiert werden. Hier sind auch die sozialen Kompetenzen der SchülerInnen mit zu beachten. Deshalb ist hier ein gemeinsames Wirken zwischen Elternhaus, Schule und sozialer Arbeit notwendig.

Keinesfalls sollte zu der verbindlichen Grundschulempfehlung zurückgekehrt werden, auch nicht durch die Hintertür, denn das würde der sozialen Selektion Tür und Tor öffnen.

Bildungsqualität darf nicht vom Geldbeutel abhängen.

Neunte Frage: Wie wollen Sie die Schule, die Lehrkräfte und vor allem die Kinder gegen diese Entwicklung stärken?

Rassismus und andere Formen von Menschenfeindlichkeit dürfen an unseren Schulen keinen Platz haben. Initiativen, wie „Schule ohne Rassismus“ unterstützen wir ganz klar. Den 8. Mai als Tag der Befreiung vom Faschismus wollen wir als verpflichtenden schulischen Projekttag festlegen. Jeder Schülerin und jedem Schüler muss mindestens einmal in der Schulzeit eine kosten-lose Fahrt zu einer Gedenkstätte ermöglicht werden. Das im

Bildungsplan festgeschriebene Lernziel der geschlechtlichen und sexuellen Vielfalt muss endlich konsequent durch das Kultusministerium und in der Unterrichtspraxis umgesetzt werden. Gesellschaftswissenschaftliche und musische Fächer müssen aufgewertet werden, und es muss mehr Freiheit für eine Rassismus und rechte Hetze nehmen auch in Baden-Württemberg zu. Umso wichtiger ist es, sich der Verantwortung, die sich aus der deutschen Geschichte ergibt, zu stellen und alles dafür zu tun, mögliche Wiederholungen im Keim zu ersticken, da kommt der Bildung eine besondere Verantwortung zu.

Demokratieerziehung soll einen festen Platz in der Schule haben. Schüler sollen dazu ermutigt werden, sich innerhalb der Schule und außerhalb gesellschaftlich zu engagieren. Sie sollen lernen, dass sie das Recht haben sich zu allen sie betreffenden Feldern gehört zu werden. Wir brauchen echte Partizipation der Kinder und Jugendlichen.